

GATS KANN IHRE GESUNDHEIT GEFÄHRDEN!

Ein Aktion der Armutskonferenz im Rahmen der STOPP GATS-Kampagne

Anlässlich des Österreich weiten STOPP GATS-Aktionstages unter dem Motto „GATS bedrohte Zonen“ machten VertreterInnen der STOPP GATS-Kampagne in insgesamt 280 Aktionen in ganz Österreich darauf aufmerksam, welche Folgen die Liberalisierung der Dienstleistungsbereiche mit sich bringen.

Zu den „Bedrohten Zonen“, die dabei stellvertretend für alle Bereiche, die im GATS verhandelt wurden, gekennzeichnet wurden, zählten Wasserwerke, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Museen, Theater, Bahnhöfe, Postämter, Verkehrsbetriebe und Rathäuser.

DIE ARMUTSKONFERENZ machte mit einer symbolischen Absperrung des Zugangs zum Gebietskrankenkassen-Ambulatorium in der Wiener Mariahilferstrasse auf die Auswirkungen der Privatisierung der Gesundheitsversorgung von armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen aufmerksam.

Poor services for poor people

Zieht sich der Staat aus Bereitstellung von Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge zurück, in dem er den Markt öffnet, sinkt die Legitimität bestehender öffentlicher Dienstleistungen. Wer es sich leisten kann, wird privat versorgen. Damit sinkt auch der Wille vieler, Leistungen mitzufinanzieren, von denen sie nicht selber profitieren. Die logische Konsequenz: eine qualitativ schlechtere, staatliche Minimalversorgung für jene, die sich keine Privatvorsorge leisten können: Poor services for poor people.

Gesundheitsleistungen nur mehr für Reiche

Besonders drastische Konsequenzen hat der Rückzug einer solidarischen Finanzierung u.a. im Bereich der Gesundheitsversorgung. Werden die Kosten künftig nicht mehr solidarisch von der ganzen Gesellschaft getragen, steht zu befürchten, dass man die Verortung auf der Einkommenshierarchie künftig wieder am Zustand der Zähne ablesen wird können.

Testament für Daseinsvorsorge

Die 280 Aktionen, die auf „bedrohten Zonen“ hinweisen wollten, machten deutlich, auf wie viele Bereiche des alltäglichen Lebens sich Liberalisierungen durch das GATS auswirkt.

„Wer das GATS unterschreibt, kann gleich das Testament für die Daseinsvorsorge verfassen“, warnte Karin Küblböck von ATTAC Österreich anlässlich einer Pressekonferenz in Wien. Sie wies nochmals auf die weiter vorangetriebenen Liberalisierungsschritte hin. „Vor dem Hintergrund der gescheiterten WTO-Konferenz einen neuerlichen Angriff auf die Dienstleistungssektoren der armen Länder in der WTO zu machen - die GATS-Verhandlungen gehen diese Woche in Genf weiter - ist ein Verrat an der so genannten Entwicklungsrunde. Nach Cancun ist es klarer denn je, dass ein globales Abkommen für Wasser, Bildung und Gesundheit für alle Menschen notwendig ist.“

Angriff auf öffentliche Dienstleistungen

Ausser dem GATS, das trotz Scheitern der WTO Ministerkonferenz in Cancun unter Ausschluss der Öffentlichkeit weiterverhandelt wird, treiben auch Vorhaben der Europäischen Kommission die Liberalisierung so lebenswichtiger Bereiche, wie dem öffentlichen Nahverkehr oder der Wasserversorgung, massiv voran. Sowohl im Grünbuch „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“, als auch in der Binnenmarktstrategie 2003 - 2006 ist diese Tendenz ablesbar.

„Netzgebundenen Wirtschaftszweigen“ zum Beispiel Energie, Verkehr, Telekommunikation und Postdienste, droht laut Vorlage der Binnenmarktstrategie eine weitergehende Liberalisierung. Gleichzeitig soll die Wettbewerbssituation im Wassersektor geprüft werden, um gegebenenfalls "gesetzgeberische Maßnahmen" zu unternehmen. Das ist ein erster Schritt zum Ausverkauf der Wasserversorgung. So genannte Handelshemmnisse für den freien Markt, die wichtige Maßnahmen, wie Umwelt- und Hygienestandards, Auflagen zum Ausbau der Infrastruktur, Begrenzungen des Wasserverbrauchs und Subventionen/verbilligte staatliche Kredite an kommunale Wasserwerke, einschließen, könnten fallen. Dies ist so-wohl für Menschen, als auch für die Umwelt eine Gefahr. „Die EU schreibt entgegen ihrer Entwicklungsrhetorik lieber Grünbücher und Binnenmarktstrategien,

um die Wassermärkte früher oder später auch innerhalb Europas zu knacken," kritisiert Karin Küblböck.

Die VertreterInnen der STOPP GATS-Kampagne waren sich darin einig, dass es hier nicht darum geht, dass einzelne Bereiche eventuell von einer Liberalisierung betroffen sind, sondern dass das ein Generalangriff auf die gesamte Daseinsvorsorge ist. „Dafür war dieser Aktionstag ein eindrucksvolles Beispiel," so die VertreterInnen abschließend.

Die STOPP GATS-Kampagne wurde von ATTAC, der ARMUTSKONFERENZ, Greenpeace, ÖH und ÖGB getragen und von weiteren 50 Organisationen unterstützt.

Forderungen der STOPP GATS Kamapgne:

- Stopp der Verhandlungen
- Evaluierung bisher erfolgter Privatisierungen
- Verbesserung statt Ausverkauf öffentlicher Dienste
- Demokratie statt Geheimdiplomatie

Weitere Informationen unter: www.stoppgats.at